

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

17. WP - 38. Sitzung

am Mittwoch, dem 6. Oktober 2010,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD) Vorsitzender
Dr. Michael von Abercron (CDU)
Astrid Damerow (CDU)
Werner Kalinka (CDU)
Petra Nicolaisen (CDU)
Barbara Ostmeier (CDU)
Dr. Kai Dolgner (SPD)
Serpil Midyatli (SPD)
Ingrid Brand-Hückstädt (FDP)
Gerrit Koch (FDP)
Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Heinz-Werner Jezewski (DIE LINKE)
Silke Hinrichsen (SSW)

Weitere Abgeordnete

Fehlende Abgeordnete

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Durchführung des Passgesetzes und zur Aufhebung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über Personalausweise	4
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/860	
2. Antrag auf Durchführung einer Anhörung zum Entwurf eines Haushaltbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012, Drucksache 17/741	5
Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 17/1274 (neu)	
3. Aktenvorlagebegehren „Gutachten der Anwaltskanzlei Freshfields, Bruckhaus, Deringer zum Sparkassengesetz“	6
hierzu: Umdrucke 17/1128, 17/1249	
4. Verschiedenes	7

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 14:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Durchführung des Passgesetzes und zur Aufhebung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über Personalausweise

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/860

(überwiesen am 6. Oktober 2010)

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Aufhebung des Gesetzes zur Durchführung des Passgesetzes und zur Aufhebung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über Personalausweise, Drucksache 17/860.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Antrag auf Durchführung einer Anhörung zum Entwurf eines Haushaltbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012, Drucksache 17/741

Antrag der Fraktion der SPD
Umdruck 17/1274 (neu)

hierzu: Umdruck 17/1294

Abg. Fürter erläutert kurz den vorgelegten Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 17/1294, und erklärt, sollte der Ausschuss heute zu dem Beschluss kommen, die von der SPD beantragte Anhörung zum Haushaltbegleitgesetz zum Haushaltsplan 2011/2012 durchzuführen, beantrage er, dass dieser von seiner Fraktion vorgelegte Änderungsantrag in die Anhörung mit einbezogen werde.

Abg. Dr. Dolgner schlägt für die SPD-Fraktion vor, den Kreis der Anzuhörenden und den Themenkreis, der in dem vorliegenden Antrag der Fraktion der SPD, eng gefasst sei, zu erweitern.

Abg. Kalinka erklärt, die CDU-Fraktion spreche sich gegen die Durchführung dieser Art von Anhörungen im Rahmen der Haushaltsberatungen aus. Es stehe jeder Fraktion frei, am Rande der Haushaltsberatungen, die schwerpunktmäßig im Finanzausschuss geführt würden, selbstständig Anhörungen von bestimmten Verbänden und Organisationen durchzuführen. Dies in den jeweiligen Fachausschüssen zu allen die einzelnen Fraktionen bewegenden Fragen im Rahmen der Haushaltsberatungen zu tun, sprengt den Rahmen der Möglichkeiten der Ausschüsse. - Abg. G. Koch schließt sich für die FDP-Fraktion der Auffassung von Abg. Kalinka an.

Abg. Hinrichsen unterstützt für den SSW den Antrag der Fraktion der SPD auf Durchführung der Anhörung.

In der anschließenden Abstimmung wird der Antrag der Fraktion der SPD auf Durchführung einer Anhörung zum Entwurf eines Haushaltbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012, Umdruck 17/1274 (neu), mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt. Der Ausschuss nimmt außerdem in Aussicht, den von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegten Änderungsantrag zum

Haushaltsbegleitgesetz zum Haushaltsplan 2011/2012, Umdruck 17/1294, im Rahmen seiner weiteren Haushaltsbefassung zu beraten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Aktenvorlagebegehren „Gutachten der Anwaltskanzlei Freshfields,
Bruckhaus, Deringer zum Sparkassengesetz“**

hierzu: Umdrucke 17/1128, 17/1249, 17/1285

RD Harms vom Wissenschaftlichen Dienst des Landtages trägt noch einmal die Kernpunkte der schriftlichen Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes, Umdruck 17/1285, vor.

M Schlie erklärt, die Landesregierung sei davon ausgegangen, dass die zur Verfügung gestellten Akten mit den unkenntlich gemachten Passagen zunächst für die Arbeit des Ausschusses ausreichen. Bei den geschwärzten Passagen handele es sich um Informationen, die den internen Bereich der Sparkassen betreffen. Sollte der Ausschuss die Vorlage auch dieser geschwärzten Passagen wünschen, werde die Landesregierung die Aushändigung davon abhängig machen, dass diese nur in nicht öffentlicher Sitzung erörtert und vertraulich behandelt würden.

Abg. Fürter erklärt, er habe sich diese Akten angeschaut und sein Eindruck sei, das, was hier nicht mit übermittelt worden sei, betreffe nicht den politischen Kernbereich der Kontrolle des Parlamentes. Er schlage deshalb vor, die geschwärzten Unterlagen in einem gesonderten Band nachzufordern und nur den Vorsitzenden Einblick in die Unterlagen zu gewähren. Vor diesem Hintergrund sollte dann die Frist der Einsichtnahme in die Akten auch noch einmal verlängert werden. - M Schlie erklärt, das von Abg. Fürter vorgeschlagene Verfahren, insbesondere das „Vorsitzendenleseverfahren“ halte er für einen gangbaren Weg. Die Landesregierung habe auch nichts dagegen, die Möglichkeit der Einsichtnahme für den Ausschuss in die übrigen Akten noch um eine Woche zu verlängern.

Der Ausschuss beschließt, das von Abg. Fürter vorgeschlagene Verfahren durchzuführen. Er bittet die Landesregierung außerdem um eine Verlängerung der Frist zur Einsichtnahme in die Akten um eine Woche.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Jezewski merkt an, es sei insbesondere für die kleinen Fraktionen eine Zumutung, die Plenarsitzung des Vormittages in die Mittagspause hinein zu überziehen und dann eine Sitzung des Ausschusses durchzuführen. - Der Ausschuss nimmt diese Kritik zur Kenntnis.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 14:50 Uhr.

gez. Thomas Rother
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin